



An den
Bundespräsidenten Herrn Horst Köhler
Bundespräsidialamt
11010 Berlin

Kiel, 26.09.2006

Offener Brief von

Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. - Projekt *INFONET* und Projekt *Inhouse Schulungen*
Zentrale Bildungs- und Beratungsstelle für MigrantInnen in Schleswig-Holstein e.V. - Projekt *Sprungbrett*
Umwelt Technik Soziales e.V. - Projekt *CASE*
Diakonisches Werk Schleswig-Holstein - Projekt *RESPECT*
organisiert in
Land in Sicht! - Berufliche Qualifizierung für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein

Ihre "Berliner Rede" vom 21.09.2006 - Bildung für alle
29. September 2006 - Internationaler Tag des Flüchtlings

Sehr geehrter Herr Köhler,

wir danken für Ihre beeindruckenden Worte in der Berliner Rede vom 21. September 2006 in der Kepler-Oberschule und wir begrüßen Ihr Engagement für **Bildung für alle**.
Wir sprechen diesen Dank an Sie öffentlich anlässlich des Internationalen Tag des Flüchtlings am 29. September aus.

Durch unsere Projekte versuchen wir die Bildungs- und berufliche Situation für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein, zu verbessern. Ganz besonders liegen uns die jungen Menschen am Herzen.
Tagtäglich erleben wir mit, wie gerade sie per Gesetz und durch Verwaltungsakte von Bildung und Ausbildung ausgeschlossen werden - weil sie seit Jahren nur geduldet sind.

Tatsächlich ist es für geduldete Mädchen, Jungen und junge Erwachsene im gesamten Bundes-



gebiet nahezu unmöglich nach Beendigung der Schulpflicht adäquate Aktivitäten für ihre berufliche Qualifikation zu unternehmen. Eine Alternative dazu haben sie nicht - sie müssen für ihre Zukunft lernen und sie brauchen die Chance dazu.

Jungen Menschen mit Duldung ist jede Art von Beschäftigung verboten. Dazu gehören betriebliche Ausbildungen, Praktika, von ARGE und Arbeitsagentur geförderte Qualifizierungsmaßnahmen, Ferienjobs usw.

Für jede dieser Chancen müssen die Jugendlichen bei der Ausländerbehörde einen Arbeits-erlaubnis-antrag stellen. Doch zuvor müssen sie einen Ausbilder oder eine Arbeitgeberin gefunden haben, die bereit sind die mehrwöchigen, z.T. auch mehrmonatigen, nervenaufreibenden Auseinandersetzungen mit Ausländerbehörde und Arbeitsagentur einzugehen. Beide Behörden können den Antrag ablehnen.

Die allergrößte Hürde in diesem Kontext ist der "nachrangige" Arbeitsmarktzugang. Wochen- und monatelang überprüfen Arbeitsagenturen, ob sich nicht jemand anderes für diesen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz findet. Das Engagement der betroffenen jungen Menschen, insbesondere in ihrer schweren Lebenssituation, findet keine Berücksichtigung.

Immer wieder erklären sich Ausbilderinnen / Ausbilder bereit einen zusätzlichen Ausbildungsplatz zu schaffen, weil sie einem jungen Menschen eine reelle Chance geben wollen. Doch auch in so einem Fall sind lange Verhandlungen um die Erlaubnis selten von Erfolg gekrönt.

Eine andere Möglichkeit könnte die Ausbildung in den berufsvorbereitenden Klassen der beruflichen Schulen sein. Aber auch hier werden geduldete Mädchen und Jungen zu oft mit der Begründung abgewiesen, es bestünde keine Pflicht sie aufzunehmen.

Dasselbe gilt für weiterführende Regelschulen (z.B. Realschule nach dem Abschluss der Hauptschule), die ebenso nicht verpflichtet sind, diese jungen Menschen zu unterrichten, wenn die ihre Schulpflicht von 9 Jahren, bzw. ihre Berufsschulpflicht, erfüllt haben.

Zu unserem großen Entsetzen sind diese Jugendlichen formell sogar von ehrenamtlichem, gemeinnützigem Engagement ausgeschlossen. Zwar dürfen sie Mitglied in einem Verein sein, doch die aktive Beteiligung (Schülernachhilfe, Übungsleiter etc.) könnte juristisch als "Beschäftigung" ausgelegt werden. Damit ist sie erlaubnispflichtig und kann verboten werden.

Leider kommen wir zu dem Schluss, dass geduldete Jugendliche und junge Erwachsene von Bildung, Ausbildung und gemeinnützigem Engagement ausgeschlossen sind.

Geduldete Mädchen und Jungen müssen sich mehr anstrengen, bessere Leistungen bringen, mehr Motivation zeigen und ernten oft nur Verbot und Ausschluss.

Sehr geehrter Herr Köhler, wir bitten Sie, sich für eine Verbesserung der Situation für diese Jugendlichen einzusetzen, denn - wir zitieren Ihre Worte: *Bildung hilft, die Welt und sich selbst darin kennen zu lernen. Aus dem Wissen um das Eigene kann der Respekt für das Andere, das Fremde wachsen. Und sich im Nächsten selbst erkennen, heißt auch: fähig sein zu Empathie und Solidarität. Bildung ohne Herzensbildung ist keine Bildung.*

In der Anlage finden Sie anonymisierte Beschreibungen der Situation junger Menschen, die Ihnen die besondere Bedeutung unserer Bitte verdeutlichen.

Mit freundlichem Gruß,

Silke Dietrich für *INFONET*

Idun Hübner für *Sprungbrett*

Doris Reichhardt für *CASE*

Doris Kratz-Hinrichsen für *RESPECT*

Naciye Demirbilek für *Inhouse Schulungen*

Claudia Langholz für *Land in Sicht!*



INFONET wird gefördert durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, den Europäischen Sozialfonds, das Land Schleswig-Holstein und PRO ASYL



Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.





Anlage zum Offenen Brief vom 26.09.2006 an den Bundespräsidenten Herrn Köhler

Beschreibung einiger prägnanter Einzelfälle aus Schleswig-Holstein.

Die Texte sind anonymisiert, da alle Befragten große Sorge haben als Querulanten zu gelten, wenn sie ihre Geschichte in die Öffentlichkeit bringen.

L. ist seit ein paar Wochen 18 Jahre alt. Er hat seit 5 Jahren eine Duldung - seit sein Asylantrag, der seiner Eltern und zwei jüngeren Geschwister abgelehnt wurde. Zurück in den Libanon können sie alle nicht.

L. hat sich sehr gut integriert und er spricht und schreibt fließend deutsch. Er hat seinen Hauptschulabschluß geschafft, engagiert sich in einem gemeinnützigen Verein. Er möchte weiter zur Schule gehen, erst den Realschulabschluß machen, später vielleicht das Abitur. Seine Schulpflicht ist abgeschlossen. Keine Regelschule und keine öffentliche Schule muß ihn aufnehmen. Die Asylbewerberleistungen erlauben keinen kostenpflichtigen Schulbesuch und keine Fahrkarte zur nächsten Stadt.

N. ist 23 Jahre alt und geduldet. Seine Schulpflicht ist beendet. Seit fast 6 Jahren ist er allein in Deutschland. Von Anfang an hat er Deutsch gelernt. Zuerst nur mit einem Buch. Dann hatte er ein wenig Geld für einen Sprachkurs gespart. Seit 3 ½ Jahren arbeitet er als Aushilfe in einem Betrieb. Dafür hat er immer wieder eine Arbeitserlaubnis erhalten. Zwar nur für 10 Stunden in der Woche, aber so braucht er weniger Geld vom Staat. Sein Traum ist es, eine Ausbildung zu machen. Seine Chefin würde ihn sofort ausbilden - sie weiß wie zuverlässig und engagiert er ist. Berufsschule und IHK sind einverstanden. Deshalb bietet sie ihm einen Ausbildungsplatz an, zusätzlich zu den drei Azubis, die sie sowieso regelmäßig hat. Aber N. hat einen nachrangigen Arbeitsmarktzugang.

S. flüchtete vor über 5 Jahren nach Deutschland. Ihr Asylantrag wurde abgelehnt. Sie ist 26 Jahre und geduldet. Sie hat gemeinnützige 1-Euro-Jobs gemacht und EQUAL-Maßnahmen besucht. Ihr deutsch ist gut. Sie fand einen Arbeitgeber, der wollte sie ausbilden. Er nahm die Sache mit ihr zusammen Anfang 2006 in Angriff. Nach fast 6-monatiger Bearbeitungszeit wurde der Antrag abgelehnt.

Die Vorrangprüfung der Arbeitsagentur hat ergeben, dass es bevorrechtigte Menschen gibt denen diese Stelle angeboten werden kann. Der Arbeitgeber hat sein Angebot zurückgezogen. S. möchte gern Köchin werden.

K. ist 17 Jahre alt und seit über 12 Jahren mit einem Teil seiner Familie in Deutschland. Sein Hauptschulabschluß ist nicht besonders gut. Aber praktisch arbeiten kann er und will er. Das hat er im Betriebspraktikum der letzten Schulklasse bewiesen. Gerne würde sein Chef ihm eine Chance geben. Der weiß um die schwierige Ausbildungsmarktlage, deshalb sollte der Ausbildungsplatz zusätzlich sein.

Alle haben sich für K. eingesetzt: seine Lehrerin, die Berufsberatung und noch einige mehr. Doch mit einer Duldung hat er keinen Anspruch auf diesen Ausbildungsplatz, kein Recht auf Bildung und Ausbildung. Nun hängt er rum und wartet was wohl noch kommt...

Anlage zum Schreiben an den Bundespräsidenten Herrn Köhler

Wer sind wir?

Die aus dem Europäischen Sozialfonds geförderte Gemeinschaftsinitiative **EQUAL** zielt darauf ab, neue Wege zur Bekämpfung von Diskriminierung und Ungleichheiten von Arbeitenden und Arbeitssuchenden auf dem Arbeitsmarkt zu erproben. In der Entwicklungspartnerschaft **Land in Sicht!** sind Asylbewerberinnen und Asylbewerber die Zielgruppe.

EQUAL-Entwicklungspartnerschaft:

Land in Sicht! - Berufliche Qualifizierung für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein

Claudia Langholz

Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.

Oldenburger Str. 25

24143 Kiel

Tel.: 0431 - 240 82 80

Email: LiS@frsh.de

Durch die Erprobung und Weiterentwicklung arbeitsmarktpolitischer Modelle für die berufliche Qualifizierung von Flüchtlingen und Asylsuchenden soll die Beschäftigungsfähigkeit der Zielgruppe erhalten und gefördert werden. Vorhandene Ressourcen und Kompetenzen werden ermittelt und gefestigt. Orientiert wird auf die Arbeitsmarktintegration in Herkunfts-, oder Drittland sowie auf verbesserte Zugänge auf dem hiesigen Arbeitsmarkt. Besondere Beachtung findet die unsichere Aufenthaltsdauer der Betroffenen und die Förderung des Zugangs zu schulischer und betrieblicher Bildung und Ausbildung für jugendliche und junge erwachsene Flüchtlinge, die Öffnung der Bildungs- und Qualifizierungsangebote in Schleswig-Holstein für Asylsuchende und Flüchtlinge und die Durchführung von Maßnahmen zum Abbau struktureller Diskriminierung.

Projekt: Sprungbrett

Idun Hübner

ZBBS e.V.

Sophienblatt 64 a

24114 Kiel

Tel.: 0431 - 200 11 50

Email: sprungbrett@zbbs-sh.de

Sprungbrett richtet sich an jugendliche und junge erwachsene Flüchtlinge zwischen 16 und 27 Jahren. Ziel ist, die Bildungs- bzw. Ausbildungsfähigkeit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu stärken, Orientierung zu Ausbildung und Beruf zu bieten sowie individuelle Kompetenzen zu erweitern.

Projekt: CASE

Doris Reichhardt

UTS e.V.

Fockbeker Chaussee 46

24768 Rendsburg

Tel.: 04331 - 70 81 87

Email: case@utsev.de

CASE ermöglicht Flüchtlingen den Erwerb einzelner Teil- und Schlüsselqualifikationen. Angeboten wird eine Kombination aus Deutschkurs, Berufskurs und Praktikum. Dazu erfolgt eine Beratung zur Berufs- und Bildungswegeplanung. Zur Zielgruppe gehören Jugendliche, Frauen in der Familienphase und eher gering qualifizierte Männer.

PROJEKT: RESPECT

Doris Kratz-Hinrichsen
 Diakonisches Werk Schleswig-Holstein
 Kanalufer 48
 24768 Rendsburg
 Tel.: 04331 - 593-189
 Email: kratz-hinrichsen@diakonie-sh.de

RESPECT wendet sich an erwachsene Flüchtlinge mit ungesichertem Aufenthaltstitel, die sich in sozialen Einrichtungen fortbilden und qualifizieren wollen. An sechs diakonischen Standorten in SH besteht die Möglichkeit zu sozialpädagogisch begleiteten Praktika. Dazu finden vertiefende theoretische Unterrichtseinheiten statt. Eine zweiwöchige Sprachschulung wird jeder Maßnahme vorangestellt.

Projekt: Inhouse Schulungen

Naciye Demirbilek
 Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.
 Oldenburger Str. 25
 24143 Kiel
 Tel.: 0431 - 240 82 80
 Email: inhouse@frsh.de

Hier werden Schulungskonzepte entwickelt, die darauf ausgerichtet sind die interkulturelle Öffnung in Betrieben, Behörden und sozialen Einrichtungen zu unterstützen. Vorhandene interkulturelle Kompetenzen sollen genutzt und weiterentwickelt werden, das Empowerment der MitarbeiterInnen mit Flucht- und Migrationshintergrund wird optimiert.

Projekt: INFONET

Silke Dietrich
 Oldenburger Str. 25
 24143 Kiel
 Tel.: 0431 - 240 59 09
 Email: infonet@frsh.de
www.infonet-frsh.de

INFONET hat die Aufgabe die Beratungssituation für Flüchtlinge mit ungesichertem Aufenthaltsstatus und Asylsuchende im Bereich Bildungs- und Berufszugänge zu verbessern. Ein Schwerpunkt ist der Aufbau eines Informationspools über die aktuelle Rechtslage, Informationen über Kurse, Schulen, sowie allgemein über Bildungs- und Berufszugänge speziell für bleiberechtsungesicherte Menschen in Schleswig-Holstein.

Projektträger: Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.

Martin Link
 Oldenburger Str. 25
 24143 Kiel
 Tel.: 0431 - 735 000
 Email: projekt@frsh.de
www.frsh.de

Der Flüchtlingsrat besteht seit 1991 und ist der Dachverband von Initiativen, Gruppen und Organisationen, sowie Einzelpersonen der solidarischen Flüchtlingshilfe in Schleswig-Holstein. Er leistet antirassistische Öffentlichkeitsarbeit und vertritt flüchtlings- und migrationspolitische Anliegen gegenüber Behörden und der Landesregierung. Der Verein ist Mitglied in der bundesweiten Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge PRO ASYL e.V.